

Haushaltsrede CDU-Fraktion

Gemeinderatssitzung am 24. November 2022

Fraktionsvorsitzender Thomas Wagenblast

Es gilt das gesprochene Wort! / Sperrfrist: Beginn der Rede

1. Einleitung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

laut einer Forsa-Umfrage vom September 2022 glauben zwei Drittel der Bürger, dass der Staat angesichts der vielen Aufgaben und Probleme überfordert sei.

Der Städte- und Gemeindetag Baden-Württemberg beklagte ebenfalls im September, dass Krisen zum Normalzustand werden würden und die Gleichzeitigkeit der Krisen Staat sowie Gesellschaft enorm fordern.

Es brauche leistungsstarke Kommunen.

Diesem Appel möchte die CDU-Fraktion nachkommen:
Wir wollen auch in herausfordernden Zeiten Themen und konkrete Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt der Arbeit stellen und nicht der persönlichen Profilierung nachgehen. Dafür stehen wir.

2. Zum Haushalt 2023

Aus unserer Sicht gibt es im Haushaltsentwurf einige markante Positionen:

a. Die Höhe der Steuereinnahmen

Wir können trotz Krisen, Konflikten und Konjunkturertrübungen 2023 auf solide Steuereinnahmen bauen. Das Gesamtsteueraufkommen weist einen Rekordwert der letzten Jahre auf. Dies verdanken wir allen Unternehmen - kleinen wie großen - und den Bürgerinnen und Bürgern. Für alle Anstrengungen, die hinter diesen nüchternen Zahlen stehen, danken wir. Sie ermöglichen uns Spielräume, die wir umsichtig nutzen werden.

b. Die Höhe der Investitionen

Die Höhe der Investitionen erreicht im Jahr 2023 den Höchststand mit 76,55 Mio. EUR.

Fast 45% dieses stolzen Volumens entfallen auf Investitionen in Betreuung, Bildung, Sport, sozialen Zusammenhalt und Kultur. Diese Investitionen sind gesichert. Ein wichtiges Signal für die Bürgerschaft.

c. Der Schuldenstand:

Unsichere Zeiten machen Prognosen zum Schuldenstand schwierig.

Wir sind gut aus der Corona-Krise gekommen, haben die Ukraine-Krise bisher gut gemeistert: Mit 26,9 Mio. EUR Schulden Ende 2022 liegen wir gegenüber der Planung für dieses Jahr aus 2020 mit 60 Mio. EUR und 2021 mit 42 Mio. EUR Schulden wirklich gut.

d. Der Umsetzungsgrad bei der Investitionstätigkeit

Wir danken der Verwaltung für die Änderung der Haushaltssystematik. Wir sparen uns künftig millionenschwere Haushaltsübertragungen, die dem Grundsatz der Haushaltsklarheit und -wahrheit zunehmend widersprochen haben.

Dies zeigen die Zahlen für die Investitionstätigkeit in diesem Jahr: Aus 62,24 Mio. EUR bei der Haushaltsberatung wurden durch die Haushaltsübertragungen über 80 Mio. EUR, was das Bild verzerrte.

Von der Verwaltung wurden 2022 nochmals 6 Mio. EUR mehr Investitionsmittel verausgabt als 2021 – trotz Lieferkettenproblemen. Bewirtschaftet wurden über 80% der Mittel. Wir danken Erstem Bürgermeister Wolfgang Steidle und dem Baudezernat für die geleistete Arbeit und das Stemmen so zahlreicher Projekte.

e. Die Entwicklung der Personalkosten:

Bei den Personalausgaben nehmen wir nochmals einen ordentlichen Schluck aus der Pulle: +98,03 Stellen mehr. Der größte Anteil davon entfällt auf das Amt für Soziales, Jugend und Familie mit über 37 Stellen.

In Summe bedeutet dies, dass unsere Personalausgaben sich seit 2013 um 65% erhöht haben.

Im Entwurf für den Stellenplan sind zudem noch Risiken beinhaltet - vor allem mit Blick auf die nächste Tarifrunde im öffentlichen Dienst. Tariferhöhungen sind mit 2,0% ab 1.4.2023 im Stellenplan eingepreist.

Ver.di und der Beamtenbund fordern jedoch für den öffentlichen Dienst in den Kommunen ein Plus von 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro monatlich.

Die CDU-Fraktion unterstützt den vorliegenden Stellenplan, da in wichtigen Bereichen der Verwaltung nachgesteuert wird: Dies betrifft beispielsweise die Ämter für IT, Bürgerservice und öffentlicher Ordnung und die Technischen Ämter. Es wird schwierig, in Zeiten des Fachkräftemangels das Programm 1:1 umzusetzen.

Deshalb sehen wir von weiteren Anträgen für Mehrstellen in der Verwaltung ab.

3. Wachstum der Stadt nachhaltig begleiten

Wir begrüßen die Ansiedlung des neuen Zeiss-Standorts in Ebnet. Sie bringt uns enorme Entwicklungsmöglichkeiten, nicht zuletzt eine Vielzahl von qualifizierten Arbeitsplätzen. Wir wollen das Projekt mit konstruktiver Gemeinderatspolitik begleiten.

So erfreulich auf der einen Seite dieser Erfolg ist, so viele Herausforderungen bringt er mit sich: Mit der Ansiedlung wird der größte Anteil des Gewerbeflächenpotenzials reserviert, das wir uns für die Fortschreibung des Flächennutzungsplans erarbeiten wollten.

Das bedeutet: Wollen wir Mittelstand und Handwerk eine Chance geben, sich auch baulich weiterzuentwickeln, müssen wir die Gebietskulisse für Gewerbeflächen nochmals überarbeiten und ggf. auch erweitern.

Eine Reduzierung der Gebietskulisse für die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes ohne Not wird es deshalb mit der CDU-Fraktion nicht geben.

Denn wir werden weiter mit steigenden Bevölkerungszahlen in Aalen rechnen müssen von heute 68.000 Einwohner auf 72.000 im Jahr 2030. Und mehr Bürgerinnen und Bürgern brauchen auch mehr Wohnraum.

Dafür haben wir starke Instrumente geschaffen: Unser Modell der Innenentwicklung und das überarbeitete Aalener Modell für die Schaffung von Wohnraum.

Trotzdem brauchen wir ein angemessenes Maß an neuem Bauland: Ökologisch abgewogen und bauherrenfreundlich: Eine Streichung neuer Bauflächen wie dies beispielsweise für Dewangen von den Grünen angekündigt wurde, wird es mit der CDU-Fraktion ebenso wenig geben wie ein Übermaß an Vorschriften, die Bauherren aufs kleinste Detail regulieren und belasten.

Bauen ist in Zeiten steigender Zinsen und steigender Baukosten ohnehin schwer und für eine Finanzierung des Bauvorhabens müssen hohe Energiestandards erreicht werden. Da müssen wir nicht noch eine Schippe drauflegen und durchgehend die höchsten Standards fordern. Sonst rauben wir manchen Bauherren die letzte Luft.

In jedem Fall brauchen wir eine aktive Bodenvorratspolitik und mehr Grunderwerb: Die Stadtverwaltung hat dies im Haushaltsplanentwurf bereits nachvollzogen.

Warum aber mehr Verpflichtungsermächtigungen als Haushaltsmittel für den Grunderwerb eingestellt wurden, verstehen wir nicht.

Deshalb beantragen wir die Erhöhung des Ansatzes von 6,5 Mio. EUR auf 9,5 Mio. EUR bereits für 2023 und nicht erst im Jahr 2024.

Investitionen in Grund und Boden sind rentierliche Investitionen. Eine aktive Grunderwerbpolitik ist auch Sozialpolitik, weil sie Spekulationen vorbeugt, die sonst Bürgerinnen und Bürger teuer bezahlen müssen.

4. Für zuverlässige und bedarfsgerechte Betreuung

Respekt nötigt uns das Tempo ab, mit dem wir Investitionen in zuverlässige und bedarfsgerechte Kinderbetreuung tätigen müssen:

Im Haushaltsplan stehen Investitionen in Höhe von 19 Millionen EUR für Kitas bis zum Jahr 2026.

Antrag:
Erhöhung des Ansatzes für Grunderwerb von auf 6,5 Millionen EUR auf 9,5 Millionen EUR.

Der Zuschussbedarf im Bereich der Betreuung beträgt im Jahr 2023 über 22 Mio. EUR. In den letzten 10 Jahren verdreifachten sich die laufenden Kosten nahezu.

Für uns steht außer Frage, dass wir das Ziel von 90 neuen Plätzen in der U3- und 260 neuen Plätzen in der Ü3-Betreuung umsetzen müssen. Eltern brauchen bei der Kinderbetreuung Sicherheit.

Uns beschäftigt aber, wie wir trotz des hohen Ausbaudrucks und der Personalnot die hohen Aalener Standards bei der Kinderbetreuung sichern können.

Wenn wir zweistellige Millionenbeträge in Infrastruktur, Betrieb und Personal jedes Jahr für Kinderbetreuung aufbringen, müssen wir wissen, wo wir inhaltlich stehen.

Deshalb beantragen wir 50.000 EUR für eine externe Evaluierung der guten Arbeit unserer Kindertageseinrichtungen in Aalen bspw. mit der PH Schwäbisch Gmünd – auch mit Blick auf den Übergang von Kita auf die Grundschule.

Antrag:
50.000 Euro für die externe Evaluierung der Arbeit unserer Kindertageseinrichtungen in Aalen

5. Schulen: Inhalte, Ideen und Infrastruktur gemeinsam entwickeln

Die großen Investitionen am Bildungscampus Braunenberg und im Talschulzentrum zeigen uns, dass bei entsprechenden Schulsanierungsprojekten der Grundsatz Gründlichkeit vor Schnelligkeit gelten muss.

Deshalb begrüßen wir den Ansatz der Verwaltung bei der Generalsanierung der Greutschule einen integrierten Ansatz zu wählen, der alle städtischen Ämter und die Schulgemeinschaft einschließt.

Wir sollen diesen guten Ansatz auch für andere Schulsanierungsprojekte weiterentwickeln.

Wenn wir Wertschöpfung, Innovationen und Arbeitsplätze für eine vielfältige Wirtschaftsstruktur sichern wollen müssen wir den Fachkräftemangel in Handwerk, Mittelstand und technischen Berufen stoppen.

Deshalb müssen wir als Schulträger bei anstehenden Sanierungen auch das berufliche Profil der Schulen bedenken.

Profile brauchen Inhalte, Ideen und Infrastruktur.

Laut Haushalt steigen wir in die Sanierung des Theodor-Heuss-Gymnasiums ab 2024 mit Planungen ein.

Die Bausteine aus dem Leitbild des THG - Nachhaltigkeit, starker MINT-Bereich und Berufsorientierung - müssen bei der Raumentwicklung im Sanierungsprozess berücksichtigt werden, genau wie die Bedarfe der Ganztageschule.

Gleichzeitig befindet sich in direkter Nachbarschaft die Uhland-Realschule, die ebenfalls saniert werden muss. Auch hier wird das Thema sein, wie wir gegen den Nachwuchsmangel im Handwerk und technischen Berufen ein optimales Angebot schaffen und wie wir Ganztagesangebote in die Schule integrieren.

Deshalb ist es aus unserer Sicht sinnvoll, eine Zukunftswerkstatt für einen Bildungscampus Technik – Handwerk – Nachhaltigkeit des THG und der Uhland-Realschule ins Leben zu rufen. Dafür beantragen wir für die Jahre 2023 und 2024 je 20.000 EUR.

Mit Schulgemeinschaft, Handwerk, Industrie, Hochschule und Stadt soll in der Zukunftswerkstatt ein Konzept aufgebaut werden, wie beide Schulen inhaltlich profiliert werden können und welche räumlichen Fragen und Synergien sich ergeben:

Antrag:
20.000 Euro
(2023 ff.) für einen Leitbildprozess Zukunftswerkstatt „Bildungscampus Technik – Handwerk – Nachhaltigkeit“ am THG und der URS.

Werkstätten, Labore, Gemeinschaftseinrichtungen wie der Mensa, Räume und Angebote der Ganztageschule müssen nicht unbedingt jeweils getrennt voneinander in 50 Meter Entfernung vorgehalten werden.

Wäre ein duales Abitur - Abitur plus Gesellenbrief - ein Profil für Aalen? Wäre eine Realschule mit Digitalisierungs- und Robotiklabor oder eine Lernwerkstatt Bauhand-Werk was für eine Realschule in Aalen?

Wir müssen Räume schaffen, die die Schülerinnen und Schüler für Handwerk, Technik und Nachhaltigkeit begeistern.

b. Schulbudgets erhöhen

Der CDU ist die Selbstverantwortung der Schulgemeinschaft wichtig. Dafür stehen die Schulbudgets, die den Schulen eigenverantwortliche Anschaffungen erlauben.

Die Schulbudgets sind zwar übertragbar, wurden aber seit 2014/2015 nicht erhöht.

Da auch die Schulen unter steigenden Preisen und Inflation leiden, beantragen wir die Erhöhung der Schulbudgets von 500 auf 1.000 EUR für die Grund- und von 1.000 auf 2.000 EUR für die weiterführenden Schulen

Antrag:
Erhöhung der Schulbudgets von 500 auf 1000 Euro für Grundschulen und von 1000 auf 2000 Euro für weiterführende Schulen.

6. Hochschule

Unsere Hochschule entwickelt sich hervorragend weiter: Auf dem Waldcampus werden das Gebäude für die Wirtschaftswissenschaften und die Kita bald fertig. Für die neue Mensa hat das Land grünes Licht erteilt. Der Waldcampus wird vervollständigt und damit haben wir die Aufgabe, weitere Erweiterungsflächen zur Verfügung stellen – wir möchten an dieser Stelle an unseren Haushaltsantrag aus dem Jahr 2020 erinnern.

1963 startete der Vorlesungsbetrieb an der Staatlichen Ingenieurschule Aalen. Das heißt: Wir werden im Jahr 2023 60 Jahre Hochschule Aalen feiern können.

Es wird Zeit für ein Bekenntnis: Deshalb beantragen wir, dass die Stadt Aalen beim Land beantragt, den Titel „Hochschulstadt“ führen zu dürfen.

7. 30 Jahre Wirtschaftsförderung – Politik für die Innenstadt

Die städtische Wirtschaftsförderung feiert demnächst den 30. Geburtstag. Wir können auf eine erfolgreiche Arbeit in der Vergangenheit blicken, die den Wirtschaftsstandort Aalen weitergebracht hat.

Antrag:
Die Stadt Aalen stellt Antrag beim Innenministerium Baden-Württemberg um den Titel „Hochschulstadt Aalen“ führen zu dürfen.

Uns treibt der Leerstand in der Innenstadt um. Die Corona-Pandemie und ein geändertes Einkaufsverhalten haben ihre Spuren in der Innenstadt hinterlassen. Auf der anderen Seite werden seit Corona Arbeitswelten hinterfragt. Viele Arbeitnehmer suchen Alternativen zum Küchentisch-Home-Office oder Pendeln.

Hier bieten die in größeren Metropolen etablierten Co-Working-Spaces Möglichkeiten für ein professionelles und wohnortnahes Arbeitsumfeld. Örtliche Angebote werden mehr genutzt, darunter die des Einzelhandels, auch Vereine und Kultureinrichtungen können dadurch profitieren, dass das Pendeln wegfällt.

Wir beantragen deshalb 20.000 EUR für eine Konzeptentwicklung Co-Working Spaces in der Aalener Innenstadt um die Chancen für neue Formen wohnortnahen Arbeitens auszuloten und Leerstand zu bekämpfen.

Antrag:
20.000 EUR für
eine Konzeptentwicklung
Co-Working Spaces
in der Aalener Innenstadt

8. Lebensqualität in Aalen

a. Vereine:

Einen großen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten die Vereine in Aalen. Wir möchten die Aktivitäten der Vereine stützen.

Das während der Corona-Pandemie bereits einmal eingeführte Konzept, dass Vereine der Stadt einmal im Jahr eine Halle kostenlos nutzen können, wollen wir dauerhaft einrichten.

Antrag:
Dauerhaft sollen Vereine eine städtische Halle einmal im Jahr kostenlos nutzen können.

b. Klimaschutz

Am 24. Oktober feierten wir ein Jahr Beschlüsse zum Einwohnerantrag „Klimaentscheid Aalen“. Der trockene Sommer dieses Jahres machte es deutlich, wie wichtig das Thema Klimaresilienz auch für Aalen ist. Deshalb stellt die CDU-Fraktion den Antrag, dass ein Hitzeaktionsplan auch für die Stadt Aalen erarbeitet wird.

Antrag:
Die Stadtverwaltung möge einen Hitzeaktionsplan für die Stadt Aalen erstellen.

Wir brauchen in Aalen eine begrünte Innenstadt mit Schattenplätzen zum Verweilen. Wir erinnern an das von der CDU-Fraktion 2021 beantragte Konzept „Wasser und Spielmöglichkeiten in der Innenstadt“. Denn auch Spielmöglichkeiten brauchen Schatten.

c. Wasser in der Stadt: Blau-grünes Band durch Aalen

Der CDU ist das Thema der Gewässerrenaturierung ein wichtiges Anliegen. Insbesondere die weitere Renaturierung von Hirschbach, Taufbach und Pflaumbach möchten wir schneller voranbringen. Wir erwarten deshalb vom Grünflächen- und Umweltamt einen Vor-

Antrag:
Renaturierung von Hirschbach, Taufbach und Pflaumbach auch mit externer Begleitung vorantreiben, wenn Personalressourcen des Grünflächenamtes nicht ausreichen.

schlag, wie wir mit externer Begleitung dieses Ziel umsetzen können, wenn die Personalressourcen innerhalb der Verwaltung an Grenzen stoßen.

Im Bereich der weiteren Renaturierung des Kochers haben wir vor allem die Wiederherstellung des Gaulbads im Blick. Die vom Bund zugesagten Mittel für eine 90%-Förderung stehen bis Ende 2024 zur Verfügung. Deshalb muss das Projekt zügig umgesetzt werden. Wir erwarten einen Sachstandsbericht im ersten Quartal 2023 vom Grünflächen- und Umweltamt.

d. Mountainbiken:

Der Mountainbike-Weltcup im Juli war eine tolle Veranstaltung. Eine Fortsetzung 2023 unterstützen wir.

Zudem plädiert wir dafür, die Beschlüsse des Runden Tisches Mountainbiking rasch anzugehen und die Dirtparkstrecke vorzuziehen. Wir brauchen dringend ein Netz an legalen Trails in Aalen um Mensch und Natur zu schützen.

Antrag:
Sachstandsbericht im 1. Quartal 2023 zur Wiederherstellung des Gaulbades.

9. Mobilität:

a. Ziegelstraße zügig weiterentwickeln

Nach Fertigstellung der Unterführung Kettelerstraße freuen wir uns auf die Umsetzung des Radwegs durch die Schafgärten zum Baugebiet Schlatäcker im Jahr 2023.

Gleichzeitig müssen wir die Ziegelstraße vom Beginn bis zum Wohngebiet am Tannenwäldle dringend angehen: Hier gibt es auf einer längeren Strecke keinen beidseitigen Gehweg, der Fahrbahnbelag ist in einem schlechten Zustand.

Die Situationen der Fußgängerquerungen für Schüler müssten dringend evaluiert werden, genau wie die Einhaltung der Lärmgrenzwerte gerade dort, wo die Häuser nahe an der Straße sind.

b. Umsetzung Weststadtkonzept

Für den laufenden Haushalt haben wir 60.000 EUR Planungsrate für ein Fuß-, Rad- und Naherholungskonzept in der Weststadt beschlossen.

Die Planungen sind beauftragt und sollen bald vorgestellt werden.

Antrag:
Vorlage eines Sanierungskonzeptes Ziegelstraße für durchgehend beidseitigen Gehweg, Belagsanierung, Evaluierung Fußgängerquerungen und Einhaltung der Lärmgrenzwerte.

Leider stehen im Haushaltsplan keine Haushaltsmittel zur Umsetzung zur Verfügung. Wir beantragen deshalb 300.000 EUR für eine erste Umsetzung der Planungen im Investitionshaushalt.

Antrag:
300.000 Euro für eine erste Umsetzung der Planungen in der Weststadt in den Investitionshaushalt einzustellen

10. Umgang mit unseren Anträgen

Die CDU-Fraktion hat in den letzten Haushaltsberatungen 34 Anträge gestellt, 32 fanden eine Mehrheit, leider haben wir von einigen nichts mehr gehört. Insbesondere der Antrag „Der Jugend Räume geben“ ist uns sehr wichtig. Dies wäre auch für den neu gewählten Jugendgemeinderat ein wichtiges erstes Projekt.

11. Schluss

Sehr geehrte Damen und Herren, ohne die engagierte und qualifizierte Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung lassen sich die großen Herausforderungen für Aalen nicht meistern.

Deshalb bedanken wir uns für diese Arbeit. Und wir danken der Kämmerei für den vorgelegten Haushalt.

Zum Schluss bitten wir um die Unterstützung unserer Anträge durch die anderen Fraktionen. Vielen Dank

Weitere Anträge:

1. Ehrenamt

Unsere Ehrenamtlichen sind die tragende Säule unserer Stadtgesellschaft und sind in den Vereinen, den Blaulichtorganisationen oder Kirchen unverzichtbar. Die CDU-Landtagsfraktion hat sich für die Einführung der Ehrenamtskarte eingesetzt. Jetzt startet der Ostalbkreis im Frühjahr 2023 als Musterregion für Nordwürttemberg. Die CDU-Fraktion beantragt daher, dass die Stadtverwaltung prüft, welche Vergünstigungen wir unseren Ehrenamtlichen ermöglichen können, für ein klares Bekenntnis zum Ehrenamt.

2. Mobilitätskonzept Ebnat – Oberkochen

Wie eingangs erwähnt freuen wir uns auf die Ansiedlung von Zeiss in Ebnat und werden die Herausforderungen konstruktiv angehen. Dazu gehört auch, dass wir nicht nur den Albaufstieg betrachten, sondern den gesamten Korridor zwischen Waldhausen, Ebnat, Unterkochen und Oberkochen beleuchten.

3. Stuttgarter Straße konzeptionell weiterdenken

Die Öffnung des Gaulbades und dem anstehenden Umbau der Stuttgarter Straße vom Amtsgericht bis zur Friedrichstraße und städtebauliche Aufwertung Stuttgarter Straße von Kreuzung Friedrichstraße bis Kreisel Fackelbrückenstraße ist für uns ein Schlüsselement der Aufwertung der Innenstadt. Damit wir aber nicht stehen bleiben, beantragt die CDU einen Bericht, wie wir von der Friedrichstraße bis zum Kreisverkehr an der Fackelbrückenstraße die Stuttgarter Straße baulich entwickeln können und ob dafür Fördertöpfe zur Verfügung stehen.

4. Zukunftsfähige Stadtbücherei

Der Besuch in der Stadtbibliothek unserer ungarischen Partnerstadt Tatabanya hat uns staunen lassen: Eine moderne helle Bücherei, wo an sieben Tagen der Woche Bücher abgegeben und abgeholt werden können – ähnlich einer Paketstation. Auch Sonntagsöffnungen zu speziellen Tagen gehören dazu.

Die CDU-Fraktion beantragt deshalb, ein Konzept, wie die Stadtbibliothek mit Blick auf moderne Service-Dienstleistungen weiterentwickelt werden kann als zentraler Ort der Bildung in unserer Gesellschaft.

5. Open Air Kino

Eine sehr gute Idee für die Belebung der Kultur und als Highlight im Sommer finden wir ein Open Air Kino, das mobil im Außenhof des KUBAA, im Garten von Schloss Fachsenfeld oder auch in einem Freibad stattfinden kann. Um dies zu realisieren, benötigt das Kino am Kocher einen städtischen Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro, der dann durch die Medien- und Filmgesellschaft um 2.500 Euro aufgestockt werden würde.

6. Ausreichende Sportinfrastruktur sichern

Damit die Hallen- und Platzkapazitäten in Aalen optimal genutzt und gesteuert werden können, bittet die CDU-Fraktion um eine Überprüfung der Auslastung der Hallen und Platzkapazitäten sowie die Prüfung des Bedarfs für einen weiteren beleuchteten Kunstrasenplatz in der Tallage.

7. Haushaltsansatz für die Dirtpark-Strecke auf 2023 vorziehen.

Im aktuellen Haushaltsplan wurde für eine Dirtpark-Strecke insbesondere als Ersatz für die Freeridestrecke im Tannenwäldle 60.000 EUR für das Jahr 2023 eingestellt. Im Haushaltsplan wurde der Ansatz auf 2024 verschoben. Wir beantragen ein Vorziehen auf 2023, um nicht zu viel Zeit mit der Maßnahme zu verlieren.

8. Kulturbahnhof

In den letzten Haushaltsberatungen haben wir ein Leitbild für den Kulturbahnhof gefordert, das gerade erstellt wird. Dafür sind wir dankbar. Uns ist wichtig, dass die Stadtverwaltung Mittel in den Haushalt einstellt, damit die in der Leitbild-Sitzung am 16. Dezember erarbeiteten Ideen auch umgesetzt werden können. Zudem beantragen wir, dass die Gebührensatzung für den Kulturbahnhof auf das Leitbild angepasst werden.